

Der Brunnerbrief

No. 15/2016 – 29.09.2016

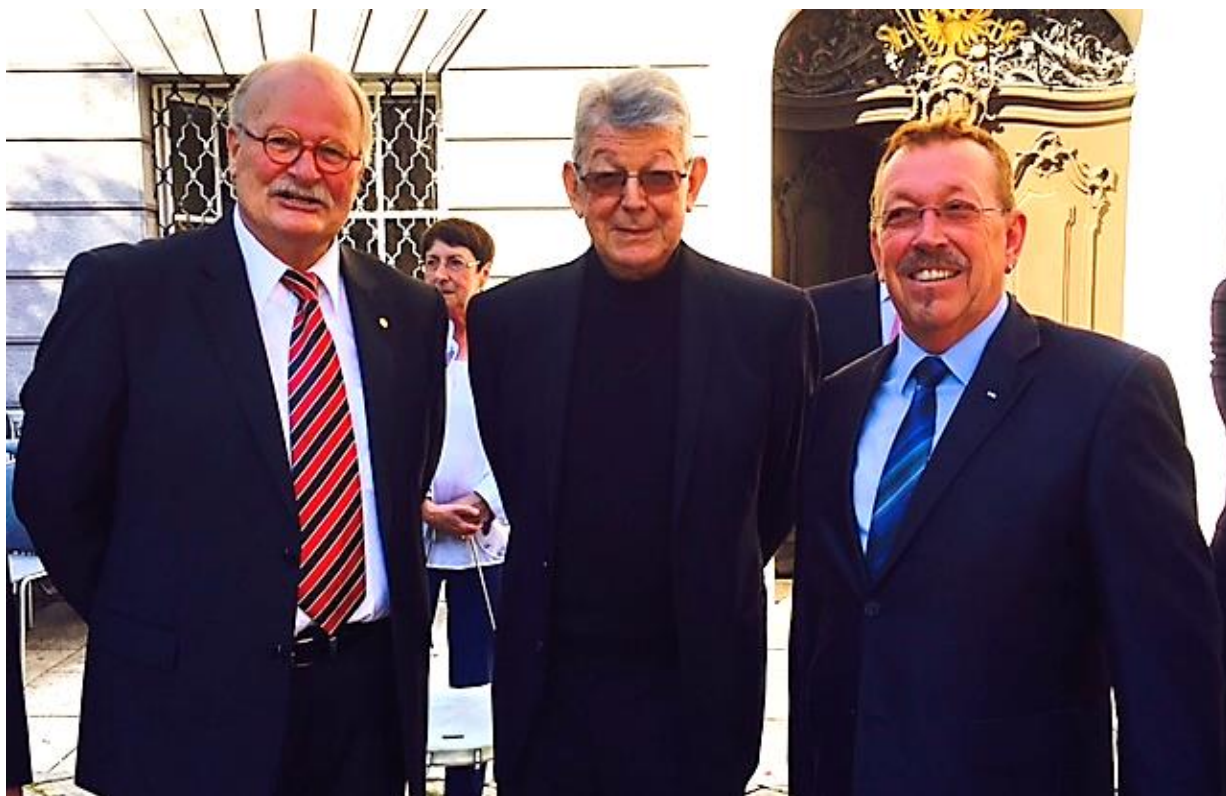


Foto der Woche: Am Sonntag ging der Memminger Freiheitspreis an Bischof Erwin Kräutler (Mitte). Eine Ausgezeichnete Wahl des Stiftungsvorsitzenden Herbert Müller (links).

Visite in Incirlik.

Nun also doch, die Reise von Erdogans Gnaden. Nach langen Gesprächen zwischen den Regierungen dürfen wir kleine Volkvertreter wieder den Luftwaffen Stützpunkt Incirlik in der Türkei besuchen. Rundum wohl ist mir bei der Sache nicht. Diese ständigen Erpressungsversuche eines türkischen Präsidenten, der hunderttausende von Flüchtlingen als Pfand missbraucht, gehen mir ehrlich gesagt ziemlich gegen den Strich.

Die Deutsche Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, das heißt, dass der türkische Präsident nicht der Regierung, sondern dem deutschen Volk den Zutritt zu den Soldatinnen und Soldaten verweigert hat und das alles, weil wir als Parlamentarier zu Armenien die Wahrheit sagen. Erst als

sich Herr Erdogan die Bestätigung der Bundesregierung abgeholt hat, dass diese Resolution für Frau Merkel nicht bindend ist, genehmigte er die Einreise der Abgeordneten.

Ein Vorgang, der eigentlich so unkommentiert nicht stehen bleiben kann. Wie gesagt: das Parlament ist der oberste Dienstherr der Bundeswehr, wir entscheiden ob und wie die Soldatinnen und Soldaten im In- und Ausland eingesetzt werden und wir tragen auch die Verantwortung für sie. Mit uns hätte verhandelt werden müssen. Einen Völkermord als Völkermord anzuerkennen muss in einer freien und lebendigen Demokratie, wie sie die türkische Regierung repräsentieren will, drin sein. Wir wollen damit niemanden belehren, wir wollen nur einen Anstoß liefern, sich mit seiner eigenen



www.facebook.com/Brunner.SP

Geschichte auseinanderzusetzen. Wir machen es ja mit den Debatten um Völkermord an den Herero und Nama vor.

Nun werde ich meiner Verantwortung erstmal gerecht und reise mit meinen Kolleginnen und Kollegen in die Türkei. Ich bin gespannt, ob es diesmal reibungslos funktionieren wird.

Das „dritte Leben“ beginnt.

Mit einem Appell an uns alle verabschiedete sich mein geschätzter Kollege Peer Steinbrück aus der großen Politik. Es ist schon ein bisschen wehmütig, wenn ein Mann, der fast sein gesamtes Leben der Politik und vor allem der SPD gewidmet hat, seine letzte Rede im Plenum hält. Es war deshalb auch nicht verwunderlich, dass Peer nicht nur pflichtgemäß seinen Tagesordnungspunkt („19. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik“) erfüllte, sondern auch einige persönliche Worte an uns richten würde.

Der Mann mit der klaren Kante, fordert von uns weiterhin klare Kante. Gerade im Hinblick auf Europa, denn er sagte, dass seine Generation die erste gewesen sei, die nicht im Krieg „geschlachtet wurde“ und er forderte uns auf, alles dafür zu tun, damit dies auch so bleibt. Generell lag sein Focus auf dem europäischen Dialog, denn wie er richtig sagte: „Kein Land in Europa hat mehr Nachbarn als Deutschland.“. Er fordert, dass das deutsche Parlament weiterhin den europäischen Dialog befördert, politisch wie gesellschaftlich. Wir müssen den Menschen klar machen, dass nur ein

starkes Europa den Frieden sichern kann und wir auch bereit sein müssen Opfer dafür zu bringen.

Er hat vollkommen Recht. Wir müssen Debatten nicht nur hier im Haus, sondern offen in unserer Gesellschaft führen, denn Europa, unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung und Zukunft geht uns alle etwas an. Nur gemeinsam können wir unsere Gesellschaft, unseren Kontinent vor einer Spaltung bewahren.

Gewaltmonopol nicht aufgeben.

Dass unsere Kasernen teilweise von privaten Sicherheitsfirmen statt von den Soldaten selbst bewacht werden, ist kein Geheimnis. Aber wie können wir diese Firmen besser regulieren? Schwarze Schafe gibt es ja.

Dieser Frage sind meine Bundestagskollegin Katja Keul von den Grünen, Frau Elke Krahnemann, Georg Wilhelm Adamowitsch, der Geschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, und ich diese Woche auf Einladung von Transparency International nachgegangen. Im Rahmen der von Peter Conze moderierten Podiumsdiskussion konnte ich meine Position klar darlegen: Das Gewaltmonopol des Staates ist unverhandelbar. Jedoch müssen wir die Realitäten und die dünne Personaldecke der Bundeswehr erkennen. Deutschland ist bei dem Thema bereits auf einem guten Weg und muss den Regulierungsbedarf auch auf die UN- und NATO-Agenda setzen.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1



www.facebook.com/Brunner.SPD

